

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Richard Seelmaecker, Stephan Gamm,
Joachim Lenders, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/17130

Betr.: Umfassende Beteiligung beim Schulentwicklungsplan ermöglichen

Nachdem sich der Senat trotz erheblichen Drucks der Opposition und der Öffentlichkeit jahrelang Zeit gelassen hat, den dringend notwendigen Entwurf eines neuen Schulentwicklungsplans vorzulegen, will er die Verabschiedung nun bis zu den Herbstferien übers Knie brechen.

Bei der Vorstellung des Referentenentwurfs am 7. Mai 2019 erklärte Senator Rabe zwar, dass er eine breite Beteiligung wünsche und versprach eine umfassende Beratung: „Der Referentenentwurf wird noch in dieser Woche allen Schulgemeinschaften, Kreiselterneräten, Kreisschülerräten, Bezirksversammlungen, der Bürgerschaft sowie Schüler-, Lehrer- und Elternkammer zugestellt, gleichzeitig auf der Homepage der Schulbehörde veröffentlicht und zusätzlich dem Landesschulbeirat sowie zahlreichen Verbänden und Interessengruppen zur Verfügung gestellt.“ ([https://www.hamburg.de/bsb/pressemitteilungen/12581744/2019-05-07-bsb-schulentwicklungsplan/.](https://www.hamburg.de/bsb/pressemitteilungen/12581744/2019-05-07-bsb-schulentwicklungsplan/))

Dies ist jedoch in Anbetracht der anstehenden Bezirksversammlungswahlen eine Farce: Bis sich die neuen Bezirksversammlungen, die selbstverständlich an den Beratungen zu beteiligen sind, nach der Wahl am 26. Mai 2019 konstituiert und ihre Ausschüsse gebildet haben, ist die Beratungsfrist abgelaufen und eine Beteiligung von vornherein faktisch ausgeschlossen worden. Auch für die Schüler-, Lehrer- und Elternkammer ist der angesetzte Beratungszeitraum von Mitte Mai bis Mitte Juni denkbar ungünstig durch Zeugniskonferenzen, diverse Feiertage und die bevorstehenden Sommerferien.

Selbst wenn ein neuer Schulentwicklungsplan längst überfällig ist, kommt es jetzt nach jahrelanger Verzögerung durch den Schulsenator auch nicht mehr auf ein paar weitere Wochen an. Viel entscheidender ist es, dass alle Akteure vernünftig beteiligt werden können.

Der von der Fraktion DIE LINKE geforderte Beratungszeitraum von sechs Monaten ist hierfür indes zu lang; unseres Erachtens sollte die Beteiligung unmittelbar nach den Sommerferien beginnen und bis zu den Herbstferien andauern.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

die Beteiligungsmöglichkeiten für alle Akteure (Schulgemeinschaften, Kreiselterneräten, Kreisschülerräten, Bezirksversammlungen, Bürgerschaft sowie Schüler- Lehrer- und Elternkammer, Landesschulbeirat, Verbände und Interessengruppen) unter Berücksichtigung der anstehenden Bezirksversammlungswahlen, Zeugniskonferenzen und Schulferien auszugestalten und die Beratungsfrist für den Entwurf des Schulentwicklungsplans bis zu den Herbstferien zu verlängern, sodass dieser im Anschluss daran bis zum 31. Dezember 2019 verabschiedet werden kann.